

Stand: 03.07.2025 23:05:41

Initiativen auf der Tagesordnung der 16. Sitzung des BI

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3886 vom 06.11.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4592 des BI vom 05.12.2024
3. Initiativdrucksache 19/3900 vom 07.11.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4593 des BI vom 05.12.2024
5. Initiativdrucksache 19/3904 vom 07.11.2024
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4856 des BI vom 05.02.2025
7. Initiativdrucksache 19/4006 vom 08.11.2024
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/4716 des BI vom 23.01.2025



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ombudsstelle für Inklusion in der Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Einrichtung einer Ombudsstelle für inklusive Bildung im Freistaat umgesetzt werden kann.

Die Prüfung soll ebenso aufzeigen, wie die enge Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren sichergestellt werden kann. Als niedrigschwellige Anlaufstelle kann eine Ombudsstelle für Schülerinnen und Schüler sowie Eltern dienen, um Fragen rund um Inklusion zu klären, Anliegen zu äußern und Konflikte zu klären. Die Einrichtung einer Ombudsstelle kann dazu beitragen, den Auftrag zur Sicherstellung einer inklusiven Bildung zu stärken.

Begründung:

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen in Bayern. Davon sind wir bisher stellenweise noch weit entfernt. Die Einrichtung einer Ombudsstelle für Inklusion würde das bayerische Bildungssystem gezielt und nachhaltig stärken und Familien sowie Schulen wirksam unterstützen. Dabei stellen Ombudsstellen eine wichtige Anlaufstelle für Eltern und Schülerinnen und Schüler dar und können eine notwendige Ergänzung zum jetzigen Schulsystem sein. Sie unterstützen und beraten bei Fragen zur pädagogischen und sonderpädagogischen Förderung, vermitteln bei Konflikten und suchen Gespräche mit den Beteiligten. Eine Ombudsstelle kann als neutrale Anlaufstelle Vertrauen schaffen, Schulen und Familien entlasten. Für eine stärkere Vernetzung könnte die Ombudsstelle zudem für die Zusammenarbeit verschiedener Akteure eine wichtige Rolle einnehmen.

Die Ombudsstelle Inklusive Bildung in Hamburg arbeitet seit Jahren erfolgreich. Sie bietet Beratung und wichtige Hilfestellungen an und trägt zur Qualitätssicherung von Inklusionsstandards bei. Bayern sollte dieses positive Beispiel aufgreifen und prüfen, wie eine Ombudsstelle passgenau auf die Bedürfnisse unter Einbezug bestehender Netzwerke des bayerischen Bildungssystems ausgerichtet werden könnte.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/3886

Ombudsstelle für Inklusion in der Bildung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Gabriele Triebel**
Mitberichterstatler: **Norbert Dünkel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende



Antrag

der Abgeordneten **Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Prüfungsarchiv den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, künftig allen Schülerinnen und Schülern per mebis das komplette Archiv der Abschlussprüfungen mindestens der vergangenen zehn Jahre für ihre jeweilige Schulart inklusive Material und Lösungen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Eine fundierte Prüfungsvorbereitung ist ein entscheidender Faktor für den schulischen Erfolg. Alte Prüfungsaufgaben bieten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich praxisnah auf Abschlussprüfungen vorzubereiten, indem sie sich mit dem Format, den Aufgabenstellungen und den Anforderungen vertraut machen können. Der Zugang zu diesen Materialien ist jedoch derzeit nicht flächendeckend gewährleistet und oftmals nur über kostenpflichtige Angebote oder mit großem organisatorischen Aufwand möglich. Um Chancengleichheit zu fördern und allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrer finanziellen Situation einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen Prüfungsvorbereitungsressourcen zu ermöglichen, ist es notwendig, dass alte Prüfungsaufgaben kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer,
Holger Grießhammer u.a. SPD**
Drs. 19/3900

Prüfungsarchiv den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Nicole Bäuml**
Mitberichterstatler: **Wolfgang Fackler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende



Antrag

der Abgeordneten **Nicole Bäuml**, **Dr. Simone Strohmayr**, **Holger Gießhammer**, **Horst Arnold**, **Florian von Brunn**, **Martina Fehlner**, **Christiane Feichtmeier**, **Sabine Gross**, **Volkmar Halbleib**, **Ruth Müller**, **Anna Rasehorn**, **Doris Rauscher**, **Markus Rinderspacher**, **Harry Scheuenstuhl**, **Arif Taşdelen**, **Ruth Waldmann**, **Katja Weitzel**
SPD

Bericht zu den Maßnahmen zur Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich und in den zuständigen Ausschüssen für Bildung und Kultus sowie Wissenschaft und Kunst mündlich über die diversen seit Jahren laufenden Quer- und Seiteneinstiegsmaßnahmen sowie Sondermaßnahmen zur Beseitigung des Lehrkräftemangels und der Sicherstellung des Unterrichts an Bayerns Schulen zu berichten.

Dabei soll vor allem auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Welche Sondermaßnahmen sind in den letzten zehn Jahren jeweils durchgeführt worden, wie viele Menschen haben daran teilgenommen und konnten für die jeweilige Schulart rekrutiert werden und wie haben sich aus heutiger Perspektive die Verbleibequoten entwickelt?
2. Welche Maßnahmen zum Quer- und Seiteneinstieg für die jeweiligen Lehrämter in den vergangenen zehn Jahren wurden durchgeführt, wie viele Menschen haben jeweils daran teilgenommen und wie viele Personen sind in den jeweiligen Lehrämtern verblieben?
3. Wie hoch ist jeweils der Anteil an Verbeamtung und Anstellung nach Abschluss der Sondermaßnahmen und Quer- und Seiteneinstiege und wie hoch ist der Anteil von Befristungen und Teilzeitanstellung?
4. Mit welchen Personalressourcen an Universitäten, Schulämtern und dem Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) sowie der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen werden diese Maßnahmen jeweils begleitet, inwiefern hat hier jeweils ein Aufbau stattgefunden und inwiefern haben notwendige Nachqualifizierungen der grundständig ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer stattgefunden?
5. Welche Erkenntnisse und Konsequenzen hat die Staatsregierung aus diesen Sondermaßnahmen und Seiten- und Quereinstiegen gewonnen und gezogen?
6. Welche Rückmeldungen aus den Schulen über das auf diese Weise gewonnene Personal sind der Staatsregierung bekannt?
7. Inwiefern werden pädagogische Unterstützungskräfte weitergebildet, unterstützt und evaluiert?

Begründung:

Obwohl sich der seit Jahren bestehende und aktuell persistierende Lehrkräftemangel bereits Jahre zuvor abgezeichnet hatte, fand kein vorausschauender Personalaufbau an Bayerns Schulen statt, sodass aufwendige Nachqualifizierungen durch Sondermaßnahmen und Seiten- und Quereinstiege durchgeführt werden mussten und immer noch durchgeführt werden. Nach mehreren Jahren Erfahrung mit diversen Programmen ist es Zeit, ein Zwischenfazit zu ziehen und sich über die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen bewusst zu werden. Mit dem geforderten Berichtsantrag soll eine konstruktiv-kritische Diskussionsbasis erstellt werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayer,
Holger Grießhammer u.a. SPD**
Drs. 19/3904

Bericht zu den Maßnahmen zur Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Nicole Bäuml**
Mitberichterstatler: **Dr. Martin Brunnhuber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 21. Januar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 5. Februar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende



Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Robert Brannekämper, Dr. Ute Eiling-Hütig, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Die Demokratie ist unser höchstes Gut – Demokratiebildung in Bayern stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Demokratie ein hohes Gut und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, an der viele Protagonisten beteiligt sind. An den bayerischen Schulen wird bereits im Bereich der Demokratiebildung viel getan. Demokratiebildung endet aber nicht mit der schulischen Bildung. Es ist von essenzieller Wichtigkeit, sich stets den aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie führt zusammen mit dem Ausschuss für Bildung und Kultus und dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration deshalb ein Fachgespräch zum Thema „Demokratiebildung in Bayern“ durch. Dabei sollen gemeinsam mit der Staatsregierung und allen hierfür relevanten gesellschaftlichen Akteuren (z. B. Jugendverbände, Landeszentrale für Politische Bildung, Kommunen, Wertebündnis Bayern, Kirchen, Medienvertreter, Erwachsenenbildungsträger) Wege zur weiteren innovativen Entwicklung gefunden werden. Ziel ist es, die demokratische und politische Bildung sowie die politische Medienkompetenz der Bürgerinnen und Bürger in Bayern angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen weiter zu stärken.

Begründung:

Unsere Gesellschaft ist derzeit aufgewühlt wie selten zuvor. Viele Menschen ziehen sich in ihre sozialen Trutzburgen zurück, im demokratischen Diskurs rückt der Austausch von Argumenten und Fakten immer mehr in den Hintergrund. Die sozialen Medien, aber auch die immer weiter verschwimmende Grenze zwischen Journalismus und Aktivismus spielen hier eine wesentliche Rolle. Zudem sehen immer weniger Bürgerinnen und Bürger einen Sinn darin, das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten, während gleichzeitig die Erwartungshaltung gegenüber „dem Staat“ wächst und dessen Funktionsweise für viele aber abstrakt und fremd bleibt. Dem müssen wir entgegenwirken. Der Staat sind wir alle. Er existiert nur, wenn eine große Mehrheit ihn und seine Werte

trägt und sich beteiligt, die Herausforderungen zu bestehen. In einem Fachgespräch wollen wir daher gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren Wege finden, die demokratische und politische Bildung in Bayern weiter zu stärken.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Robert Brannekämper,
Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/4006**

Die Demokratie ist unser höchstes Gut - Demokratiebildung in Bayern stärken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Absatz 2 Satz 1 folgende Fassung erhält:

„Der Ausschuss für Bildung und Kultus führt zusammen mit dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie und dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration eine Anhörung zum Thema „Demokratiebildung in Bayern“ durch.“

Berichterstatter: **Kristan Freiherr von Waldenfels**
Mitberichterstatterin: **Gabriele Triebel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration und der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 16. Sitzung am 5. Dezember 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
- CSU: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: Zustimmung
- der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Ute Eiling-Hütig
Vorsitzende